



märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Juni 2020 – www.dielinke-opr.de



Damit unsere Gesellschaft funktioniert, brauchen wir die engagierten Alten- und Krankenpfleger*innen, Kassierer*innen, die Müllfahrer*innen, Mitarbeiter*innen der Energie- und Telekommunikationsunternehmen, der Wasserver- und Entsorgung und nicht zuletzt die Erzieher*innen in Kita und Schulhort, aber auch Polizist*innen und Feuerwehrleute sowie die Beschäftigten im Transportgewerbe. Systemrelevante Berufstätige werden jedoch nicht ihrer Leistung entsprechend entlohnt. Ihre, oft bis an die Belastungsgrenzen gehenden, Arbeiten werden immer noch nicht angemessen vergütet. Es wird höchste Zeit, das zu ändern!

Gerd Klier geht ins Rennen

Neuruppins Stadtverordnetenvorsteher – Gerd Klier (53) – bewirbt sich am 8. November um die Nachfolge von Bürgermeister Jens-Peter Golde

Am 8. November sind die Bürger*innen der Fontanestadt Neuruppin aufgerufen, ihren Bürgermeister zu wählen. Jetzt ist auch ein erster Kandidat bekannt: Gerd Klier, Neuruppiner Rechtsanwalt und Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, will für DIE LINKE kandidieren. Diese Nachricht erfreut Cornelia Böhme, Co-Vorsitzende des Stadtverbandes der Neuruppiner LINKEN:

»Gerd Klier ist seit Jahren als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung und durch die damit verbundenen umfangreichen Erfahrungen sowohl in der meines Erachtens sehr guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung als auch mit den Stadtverordneten bestens geeignet, die Bürger unserer Stadt als Bürgermeister zu vertreten. Seine umfangreichen rechtlichen Kenntnisse und Erfahrungen prädestinieren ihn zusätzlich für dieses Amt. In seiner Kommunikation mit den Stadtverordneten und den Verwaltungsangestellten, aber auch mit Bürgern und Gewerbetreibenden, Mit-

arbeitenden von Vereinen und Beiräten unserer Stadt, zeichnet er sich stets durch sein echtes Interesse, Fairness und tadellose Rhetorik aus. Er ist sehr vielen Bürgern Neuruppins einerseits durch seine Tätigkeit als Anwalt, aber auch durch seine Auftritte in der Öffentlichkeit rund ums Jahr bestens bekannt und wird meiner Kenntnis nach von ihnen sehr geschätzt.«

Neben Gerd Klier werden Arnd Heymann (AfD) und Nico Ruhle (SPD) ernsthafte Ambitionen, Neuruppiner Bürgermeister werden zu wollen, nachgesagt. Besonders die rechtsextreme AfD wittert Morgenluft, den Chefsessel des Bürgermeisters zu erobern. Unsoziale und rassistische Politik haben in der Schinkel- und Fontanestadt Neuruppin nichts zu suchen. Es geht darum, die Entwicklung der ganzen Stadt im Blick zu haben. Es ist daher umso wichtiger, dass mit Gerd Klier ein erfahrener Kommunalpolitiker antritt, der bereit ist, für die Bürger*innen in und um Neuruppin Verantwortung zu übernehmen.

Zunächst möchte Gerd Klier mit mög-

lichen politischen Partnern über inhaltliche Schnittmengen beraten, um danach politische Ziele aufzustellen, deren Erfüllung der ganzen Stadt zugute kommen.

Justin König



3

Berichte

Kenia hält die Taschen zu
Anträge der Linksfraktion zu konkreten Vorschlägen abgelehnt.

6

Politische Bildung

Corona – Was ist wahr, was nicht?
Ines Nowack nimmt Verschwörungstheorien genauer unter die Lupe.

8

Termine

Bei Unternehmern nachgefragt
Vor-Ort-Interview zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Die zwei Seiten einer Medaille

Staatliche Kaufprämien für Automobilkonzerne?



Pro

Die Corona-Krise hat die Nachfrage nach Autos einbrechen lassen, vor allem Landespolitiker sprechen sich für Prämien aus. Der VDA fordert eine Kaufprämie für Autos - nicht nur für Elektro- und Hybrid-, sondern auch für Diesel- und Benzinfahrzeuge. Auch moderne Verbrennungsmotoren liefern einen »erheblichen Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz«, sagte VDA-Präsidentin Müller im Deutschlandfunk. Als Antwort auf die derzeitige Krise brauche die Autoindustrie eine »Neustartprämie«.

VW-Betriebsratschef Osterloh schrieb in einem Brief an die Mitarbeiter u.a.: »Wir wissen, dass wir damit nach Steuermitteln rufen,...« Aber wir wissen auch, dass sich dieses Geld für unsere gesamte Gesellschaft klug anlegen ließe und sich so gleich mehrfach rechnen könnte - nämlich ökonomisch, ökologisch und sozial.«



Contra

Bernd Riexinger (Vors. DIE LINKE) in einer Pressemeldung dazu: VW, Daimler und BMW sind nicht erst seit der Corona-Pandemie in der Krise. Grundsätzlich muss bei der Hilfe gelten: Die Unternehmen müssen ihre Gewinnrücklagen nutzen. Es kann nicht sein, dass Gewinne in privater Hand bleiben und die Steuerzahler zahlen sollen, sobald es mal etwas schlechter läuft. Klare Richtlinien für die Förderung u.a.:

- Beschäftigung und Ausbildungskapazitäten müssen von geförderten Unternehmen gesichert werden,
- alternative Mobilitätsmodelle ausbauen, kostenfreier ÖPNV und öffentliche Verkehrslösungen für wenig ausgelastete Strecken,
- Umbau der Produktion auf kollektive und umweltfreundliche Mobilitätsformen,
- Antriebwechsel und Umbau von Fahrzeugen, bis 2030 dürfen keine Verbrennungsmotoren mehr produziert werden.

Was ist denn eigentlich mit den Grünen los?

Agenscheinlich merken die Grünen in der aktuellen Situation, dass die Menschen etwas anderes als die Umweltpolitik bewegt. War doch das Problem Umweltschutz ein Kernthema der Grünen, womit sie bundesweit punkten konnten.

Bei der gegenwärtigen Corona-Pandemie scheinen sie überfordert. Das zeigt sich nicht zuletzt in der unkonkreten Handlungsweise von Frau Nonnenmacher, der grünen Brandenburger Gesundheitsministerin, die unseren Landtagsabgeordneten Ronny Kretschmer zur wiederholten Kritik veranlasste.

Als die Brandenburger Krankenhausbeschäftigten das Gesundheitsministerium in einem »Brandbrief« über ihre prekäre Lage bei der Ausstattung mit Schutzkleidung informierten, meinte die Gesundheitsministerin, dass sich bisher kein Beschäftigter der Krankenhäuser wegen fehlender Schutzkleidung angesteckt habe. Ronny Kretschmer schätzte damals ein, dass die Ministerin das Risiko für diejenigen kleinredet, die das größte Risiko der Pandemie tragen.

Dass er mit seiner Einschätzung recht behielt, zeigte sich darin, dass Nonnenmacher einige Tage später einräumen musste, dass

sich in Brandenburg überdurchschnittlich viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens mit dem Virus infiziert haben. Sind es im Bundesdurchschnitt 5% der Mitarbeiter im Gesundheitswesen, gibt es in unserem Bundesland 20% mit Covid 19 Infizierte.

Boris Palmer, der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, kritisiert, dass in Deutschland gegenwärtig Menschen gerettet werden, die möglicherweise in einem »halben Jahr sowieso tot wären«.

Mit welchem Recht erlaubt sich dieser GRÜNE, über lebenswertes und nicht lebenswertes Leben zu entscheiden? Das hatten wir in Deutschland schon einmal, dieses Recht nahmen sich nämlich die Nazis raus.

Robert Habeck, der grüne Parteichef, schließt sich dieser Meinung an, indem er sagt: Man kann nicht sagen, »der Schutz von Leben rechtfertigt alles und jedes in dieser Absolutheit«. Diese Aussagen der beiden Politiker zeugen deutlich von Ansätzen des Sozialdarwinismus.

Nach der massiven Kritik an Palmer änderte sich auch Habecks Meinung, indem er Palmer jegliche Unterstützung der Partei entzog. Jedoch von einem Parteiausschluss ist (noch) keine Rede.

Trotzdem kann man Habecks politische Haltung oft nicht mehr nachvollziehen. Bei der Problematik Corona-Pandemie ist keine »Grüne Strategie« von ihm erkennbar. Dafür setzt sich Habeck, im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, für Corona-Bonds ein und schadet damit deutschen Interessen.

Anton Hofreiter, der Chef der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, bringt seine Klientelpolitik ins Spiel. Anstatt sich um die Menschen, die sich tagtäglich mit der Bewältigung der Corona-Pandemie beschäftigen, zu sorgen, sorgt sich Hofreiter um den Handel (also Kleinunternehmer), indem er für »jeden Bürger« einen »250€-Kaufvor-Ort-Gutschein« fordert.

Wenn es, wie oft von der AfD behauptet, ein linkes Bündnis zwischen SPD, LINKEN und GRÜNEN geben sollte, so muss man deutlich einschätzen, dass sich DIE GRÜNEN von linken Positionen immer weiter entfernen. Im Gegensatz dazu kann man bei einigen führenden SPD-Politikern, wie Arbeitsminister Heil oder Familienministerin Giffey, erkennen, dass sie sich ernsthafte Sorgen um die von der Corona-Pandemie Gebeutelten machen.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die ganze Welt kämpft gegen die Pandemie beziehungsweise gegen die daraus resultierenden Folgen. Auch die Themen unserer aktuellen Ausgabe widmen sich hauptsächlich der Corona-Problematik. Als linke Opposition setzen wir uns auf allen politischen Ebenen mit den Konsequenzen der Pandemie auseinander. Wir beobachten die getroffenen Entscheidungen genau, um beurteilen zu können, ob diese für uns und die Gesellschaft tragbar sind. Es ist Aufgabe linker Politik, bereits in den Anfängen zu erkennen, wann Entscheidungsträger in Behörden, Institutionen und Verwaltungen über die Stränge schlagen. Politische Kontrolle ist in diesen Zeiten von besonderem Mehrwert für unser demokratisches System. Wir können froh sein, dass das bei uns funktioniert. Ein Blick in Richtung USA oder Brasilien zeigt, das ist nicht selbstverständlich: Schlechtes Krisenmanagement, Ausgrenzung und deutlich schlimmere Todeszahlen.

Justin König

Leitender Redakteur

Hans-Joachim Müller

Pandemie-Folgen sozial abfedern

Eine Pandemie geht um. Leider traf sie die Welt weitgehend unvorbereitet. Obwohl seit 2012 ein Expertenbericht der Bundesregierung vorliegt, der eine Pandemie eher als eine Frage der Zeit als des Ob sowie notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung beschrieb. Dazu gehörte scheinbar Triviales wie das Anlegen einer strategischen Reserve von Schutzmaterialien. Als wahrscheinlichste Konstellation wurde übrigens genau die jetzt eingetretene diskutiert: Ein Corona-Virus, das von einem Tier auf den Menschen und später relativ leicht von Mensch zu Mensch übertragen wird.

Trotzdem war keine Regierung gut vorbereitet. Das macht die Pandemie zur Krise mit offenem Ausgang. Grundsätzlich gilt: Je später oder inkonsequenter reagiert wurde und je mehr Gesundheits- und Sozialsysteme schon im Normalmodus auf Kante genäht sind, desto verheerender die Folgen. Trotzdem tritt nun auch in Deutschland das sogenannte Präventions-Paradox auf: Wenn die Folgen einer Pandemie erfolgreich gelindert wurden, wird anschließend in Frage gestellt, dass es überhaupt ein Problem gab. Ein bekanntes Phänomen, und natürlich ist Widerspruch legitim. Nur leugnen oft dieselben Leute Corona und den Klimawandel. Und man demonstriert nicht mit Nazis oder Reichsbürgern.

Selbstverständlich hat DIE LINKE auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, wo immer nötig, deutlich Kritik an den Regierenden in der Pandemie geübt. Z. B., wenn die notwendige Ba-

lance zwischen Infektionsschutzmaßnahmen und Eingriff in die Freiheitsrechte nicht gewahrt wurde. Oder weil unklar war, nach welchen Kriterien denn entschieden wurde, was den Anschein von Willkür hat. Weil viel zu spät Infektionsschutzmaterialien beschafft, zu wenig getestet wurde und wird etc.

DIE LINKE ist vor allem die Stimme gegen eine weitere Vertiefung der sozialen Spaltung durch die Pandemie. Denn die soziale Balance bei der Abfederung der Folgen fehlt. Z. B. müssen die Hartz IV-Regelsätze aufgrund steigender Lebensmittelpreise und dem Wegfall von Hilfsangeboten der Tafeln erhöht werden. Solo-Selbständige müssen Unterstützung zum Lebensunterhalt bekommen, statt sie auf Hartz IV zu verweisen. Für Saisonarbeitskräfte in Landwirtschaft und Gartenbau oder Vertragsarbeitende in der Fleischindustrie müssen dieselben Infektionsschutzstandards gelten wie für alle anderen. Eltern müssen ein Pandemie-Elterngeld bekommen, wenn Kinder nicht in Kita oder Schule dürfen. Unternehmen, die mit staatlicher Hilfe gerettet werden, dürfen keine Dividenden oder Boni auszahlen etc.

Aber die härtesten Kämpfe stehen uns noch bevor: Wenn es darum geht, was aus der Pandemie zu lernen ist und wer die Kosten tragen soll. Dazu hat die Linksfraktion unter anderem ein sozial-ökologisches Konjunkturprogramm beantragt. Am Geld darf es nicht scheitern

Kirsten Tackmann, Mitglied des Bundestages

Kenia hält die Taschen zu

Mit dem Beschluss zum Nachtragshaushalt durch den Landtag wurde die Landesregierung ermächtigt, bis zu 2 Mrd. € für Hilfen zur Bewältigung der Corona-Pandemie auf dem Kreditmarkt aufzunehmen. Damit sollen die brandenburgische Wirtschaft, die Kommunen, die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie die Brandenburger*innen mit finanziellen Soforthilfen unterstützt werden. Der Ministerpräsident stellte sich vor die Presse und verkündete: »Geld würde keine Rolle spielen.«

Doch wie sieht nun die Realität aus? In Wahrheit sind die Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmer*innen vielfach von finanziellen Hilfen ausgeschlossen, weil die Kosten für den Lebensunterhalt nicht anerkannt werden. Die Landesregierung meint, dass sie ja Grundversicherung beantragen können. Mehr noch, schon gezahlte Leistungen können sogar zurückgefordert werden. Unterstützung für Studierende gibt es nur in Form von Krediten. Mit den Kommunen will man zunächst noch verhandeln, obwohl schon 50 Gemeinden Haushaltssperren verhängt haben. Der eh gebeutelte ÖPNV hat massive Einnahmeausfälle. Es gibt keine Bereitschaft, das Kurzarbeitergeld anzuheben, obwohl viele Menschen schon vor der Krise nur Mindestlohn erhielten. Doch wer kann von 700 € im Monat seine Rechnungen bezahlen. Den Beschäftigten in den sog. systemrelevanten Berufen wurde zwar gedankt, doch eine besondere Prämie erhalten nur

die Beschäftigten in der Altenpflege. Die anderen schauen in die Röhre.

DIE LINKE im Landtag hat in den vergangenen Sitzungen eine Reihe von Anträgen gestellt und konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die notwendige Hilfe zielgerichtet geleistet werden kann. Doch die Koalition lehnte ab. So sind von den zwei Mrd. gerade einmal 400 Mio. veranschlagt worden. Gern verweist man auf die unzureichenden Bundesprogramme.

Im Mai wurde die aktuelle Steuerschätzung vorgestellt. Dem Land fehlen voraussichtlich bis 2024 drei Mrd. € im Landshaushalt. Allein 2019 brechen 1,1 Mrd. € weg. Schon mit den Planungen für den Nachtragshaushalt hat die Kenia-Koalition einen Großteil der Rücklagen aufgebraucht, u.a. für völlig unsinnige Maßnahmen wie fünf Regionalkoordinatoren samt weiterer Personalstellen, für die es bis heute keine Aufgabenbeschreibung gibt. Nunmehr ist angekündigt, dass der Koalitionsvertrag zwischen Rot-Schwarz-Grün nochmal neu verhandelt werden soll, um zu prüfen, was überhaupt finanzierbar ist. Es ist zu befürchten, dass aus dem Corona-Rettungsfonds wesentliche Finanzmittel dem allg. Haushalt zugeführt werden und damit für einen Koalitionsrettungsschirm zweckentfremdet werden.

*Ronny Kretschmer
Mitglied des Landtages*

Kurzmeldungen

Wir haben euch nicht vergessen!

Wie in anderen Städten gedachte man auch in Fehrbellin



und Neuruppin des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus vor 75 Jahren. Gemeinsam mit Bürger*innen der ehemaligen Sowjetunion legten deutsche Bürger*innen Blumen und Kränze nieder und gedachten der Opfer. In Neuruppin erinnerte der Vorsitzende des Stadtverbandes der LINKEN, Achim Behringer, vor allem an die Befreiungstat der Sowjetsoldaten und daran, dass Kriege keine Lösung sind.

Lesen wider das Vergessen

Am 10. Mai 2020 trafen sich etwa 50 Menschen auf dem Rheinsberger Kirchplatz, um mit dem Verlesen von Texten



aus Büchern, die von den Nazis am 10. Mai 1933 im Rahmen der »Aktion wider den deutschen Geist« verbrannt wurden, zu erinnern. Die Teilnehmer wollten mit der Lesung ein Zeichen setzen und zeigen, dass das Ziel der Bücherverbrenner, die Namen der Autoren aus dem Gedächtnis der Völker zu verbannen, nicht erreicht wurde. Neben Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke zitierten u. a. auch Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, Paul Schudlach und Freke Over Texte bekannter Autoren.

Neues aus den Kommunen

Aktuelles aus der

Dosse- und Rosenstadt Wittstock

Auch wenn man in der letzten Zeit aufgrund der Corona-Pandemie das Gefühl hatte, die Zeit und demnach das Leben seien stehen geblieben, funktionierte auf politischer Ebene dennoch der Informationsfluss, wenn auch eingeschränkt. Da die Kommune handlungsfähig bleiben muss, gelingt es uns – Dank digitaler Medien – den Kontakt zu halten und uns auszutauschen.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung (SVV), die am 1. April stattfinden sollte – kein Scherz – ist dem Virus »zum Opfer gefallen«. Hier sollte unter anderem der Haushaltsplan für 2020/21 beschlossen werden. Glücklicherweise konnten vorher noch alle Ausschüsse, einschließlich Hauptausschuss, tagen, in denen der Haushaltsplan jeweils mit großer Mehrheit zur Weiterleitung in die SVV empfohlen und beschlossen wurde. Laut § 58 der Kommunalverfassung kann der Bürgermeister in Absprache mit dem Vorsitzenden der SVV in dringenden Angelegenheiten eine Eilentscheidung vornehmen. Nach telefonischer Absprache des Vorsitzenden der SVV Wittstock mit den Fraktionsvorsitzenden ist das nicht nur zur Haushaltssatzung, sondern auch zu diversen Grundstücksverkäufen, Bebauungsplänen und dem Jahresabschluss der LaGa GmbH erfolgt.

Kürzlich trafen sich, entweder mit entsprechendem Abstand oder per Videokonferenz, die Fraktionsvorsitzenden, der Bürgermeister und die den Themen entsprechend verantwortlichen Amtsleiter, um anstehende dringende Probleme, wie z.B. die Betreuung in den Kitas und Schulen, zu erörtern, sowie Absprachen zur weiteren parlamentarischen Arbeit zu tätigen. Was den Schulbetrieb betrifft, scheint momentan alles im grünen Bereich zu sein. Hingegen gibt es bei der Notbetreuung in den Kitas Probleme hinsichtlich der zunehmenden Anzahl der zu betreuenden Kinder in zahlenmäßig kleineren Gruppen, der damit verbundenen Bereitstellung entsprechender Kitaplätze und die dafür benötigte Zahl an Erziehern. Die Telefone in der Verwaltung stehen aufgrund zahlreicher Anfragen von Eltern kaum still. Dennoch versucht die Stadt, für alle Betroffenen eine vernünftige Lösung zu finden.

Was die parlamentarische Arbeit betrifft, wird die nächste SVV wie geplant am 17.06.2020 stattfinden, sicher nicht unter den Bedingungen wie sonst üblich. Zuvor wird allerdings nur der Hauptausschuss am 27.05.2020 tagen, da es überwiegend um die im März getroffenen Eilentscheidungen gehen wird. Das politische Leben kommt also wieder langsam, wenn auch anders, in Gang, und wir hoffen alle, dass unsere Gesundheit dabei mitspielt.

Angelika Noack
Fraktionsvorsitzende



Vorgezogene Sitzung des Kreistages

Der Kreistag kam am 28. Mai unter besonderen Bedingungen in der Turnhalle des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums in Kyritz zusammen. Es herrschte Maskenpflicht und Mindestabstand. Die Tagesordnung war umfangreich. Alle zwei Stunden musste eine Pause eingelegt werden. Erfreulich ist, dass alle drei Anträge der Linksfraktion eine Mehrheit gefunden haben. Außerdem verkündete die Amtsärztin, Frau Dr. Dagmar Sissolak, zu Beginn der Sitzung, dass es keine aktiven Covid-19 Infektionsfälle mehr auf dem Gebiet des Landkreises Ostprignitz-Ruppin gibt.

Kilometergrenzen bei Schülerbeförderung gesenkt

Dem kostenlosen Schülerticket steht nun nichts mehr im Wege, die Satzung wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen. Ebenso unser Änderungsantrag zur dauerhaften Senkung der Kilometergrenzen. Unabhängig davon, ob der Modellversuch glückt, haben nun mehr Schüler*innen Anspruch auf kostenlose Schülerbeförderung. Im Allgemeinen, bleibt aber viel in Punkto Mobilität und Nahverkehr zu tun.

Humanitäres Zeichen gesetzt

Dem gemeinsamen Antrag von SPD, LINKEN und Grünen wurde mehrheitlich zugestimmt. Die Kreisverwaltung beauftragt wird, der Bundesregierung die Aufnahme von zusätzlich bis zu 75 Geflüchteten anzubieten.

Der Kreistag unterstützt damit die Initiative "Seebrücke – schafft sichere Häfen!" und erklärt den Landkreis zum "Sicheren Hafen". Bisher haben sich circa 140 deutsche Kommunen der Aktion an-

geschlossen. In der Begründung zu dem Antrag heißt es unter anderem: "Der Kreistag bekennt sich zu der Verpflichtung des Landkreises, gemäß dem geltenden Verteilungssystem (Königsteiner Schlüssel) einen von tausend geflüchteten Menschen aufzunehmen, die in Deutschland Asyl beantragen. Der Kreistag setzt darüber hinaus ein Zeichen der humanitären Hilfe für Geflüchtete, die auf ihrer Flucht in existenzielle Not geraten sind - sei es auf dem Fluchtweg über das Mittelmeer durch die Gefahr des Ertrinkens oder durch unmenschliche Zustände in den griechischen Lagern wie zum Beispiel in Moria auf Lesbos insbesondere für unbegleitete Kinder und Jugendliche."

Ombudsmann nimmt Arbeit auf

Was lange währt, wird endlich gut. Diesen Satz hätten wir beinahe unterschrieben, allerdings hätte es DIE LINKE gerne früher gesehen, dass die Stelle der Ombudsperson besetzt worden wäre.

Insbesondere im Bericht des Kommunalen Jobcenters wurde verdeutlicht, warum es eine Schlichtungsperson braucht. Noch im Jahr 2014 gab es unzählige Klagen gegen die kreisliche Behörde. Prozentual stand der Landkreis OPR damit sogar an der Spitze des Landes. Nahezu jeder dritte Bescheid wurde angefochten. Aufgründdessen setzte sich DIE LINKE dafür ein, dass eine unabhängige Schlichtungsperson zwischen Sozialleistungsempfänger und Jobcenter vermittelt. Kai Maslowski wurde für die restliche Wahlperiode (bis 2024) gewählt. Herzlichen Glückwunsch, wir wünschen viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben!

Justin König
Mitglied des Kreistages

Damit ging der Bürgermeister baden

Verrückte Welt: Da will Frank-Rudi Schwochow, Bürgermeister von Rheinsberg, in der Seenplatte alle Badestege abreißen, aus Angst vor dem Kommunalen Schadensausgleich (KSA), der Versicherung der Kommunen – doch damit ist er baden gegangen.

Die Aufregung war groß in Rheinsberg und seinen Dörfern, als der Bürgermeister Ende letzten Jahres mit dem Vorstoß kam, alle Badestege zu schleifen und die Badestege abzureißen. Viele Ortsteile leben vor allem vom Badetourismus. Nachdem DIE LINKE den Widerstand dagegen ausgerufen und ich für die rechtliche Einordnung gesorgt hatte, sprachen sich die Ortsbeiräte, die die Vorlage des Bürgermeisters auf die Tagesordnung bekamen, dagegen aus. Einige Dörfer organisierten Unterschriftensammlungen, nur Einsicht machte sich bei Herrn Schwochow nicht breit.

Neuruppin baut neue Stege mit Fördermitteln und setzt auf die Eigenverantwortung der Menschen, Lindow sucht noch nach Bademeister*innen. Andere Kommunen ignorieren den Unfug oder wehren sich gegen das Ansinnen des KSA, aber Schwochow hat Angst vor persönlicher Haftung. Schlimm für unsere Stadt, wenn ein Bürgermeister weder Politik machen will noch den Arsch in der Hose hat, mal dem KSA Paroli zu bieten. Abgesehen davon, dass der KSA, in seinem Schreiben an alle Kommunen, dieses selber nur als einen Hinweis an die Kommunen sieht, und ein Bürgermeister genauso wie die Angestellten der Stadt, wenn sie nicht grob fahrlässig handeln, durch die Amtshaftung vor persönlicher Strafverfolgung geschützt sind. Gut, dass es zum Glück in den letzten 30 Jahren auch keinen Badeunfall im Zusammenhang mit den Badestege in Rheinsberg gab. Es fordert ja auch niemand den Abriss aller Autobahnen, nur weil es Unfälle gibt. Man kann ja darüber diskutieren, was man noch für mehr Sicherheit der Badenden tun kann, aber auf einen dermaßen realitätsfernen Unfug einzusteigen, ist schon etwas irre. Auch aus

Angst vor Haftung verweigert der Bürgermeister, das Rettungsgerät (Rettungsringe und -leinen) an die Badestege zu bringen, bevor am 17. Juli die Brandenburger Badesaison offiziell beginnt.

Es gelang uns LINKEN dann, unseren Antrag gemeinsamen mit allen demokratischen Kräften in der SVV Rheinsberg einzubringen und mit klarer Mehrheit zu verabschieden. Der Bürgermeister hat jetzt einige Arbeitsaufträge, will das aber nur für dieses Jahr akzeptieren und dann immer noch die Badestege zum nächsten Jahr abreißen, wie er in der Sitzung am 11. Mai erklärte.

Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Rheinsberg

Änderungsantrag Badestege BV115-20

Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt das Ansinnen des Bürgermeisters Frank-Rudi Schwochow, die Badestege in der Stadt Rheinsberg abzureißen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass dieser Angriff auf die Bürger*innen der Stadt, ihre Gäste und die Touristischen Betriebe durch nichts zu rechtfertigen ist und einen erheblichen Schaden anrichten würde.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Bürgermeister wird beauftragt, sich mit den Kommunen der Region und unseren Tourismusverbänden Ruppiner Land und Mecklenburger Seenplatte zusammen zu tun, um alles rechtlich und politisch Mögliche in die Wege zu leiten, der Rechtsauffassung des KSA entgegenzutreten und diese realitätsfremde Vorstellung zurückzuweisen. Das Land Brandenburg beim Wort und in die Pflicht zu nehmen und die erfolgreiche Tourismus-Kampagne »Dieser Weg ist das Ziel« umzusetzen und rechtliche Klarheit für alle Brandenburger Badestege zu schaffen.

Freke Over, Fraktionsvorsitzender

Neuruppin leistet Unterstützung mit Liquiditätshilfen

Zur Minderung akuter betriebswirtschaftlicher Probleme durch die Corona-Pandemie unterstützen die Fontanestadt und ihre Tochterunternehmen Stadtwerke und NWG über ein Soforthilfeprogramm mit einem Umfang von 120.000 Euro Kleinunternehmen sowie Freiberufler der Fontanestadt auf Antrag mit nicht rückzahlbaren Zuschüssen bis zu 1.000 Euro. Ein Programm, das dankbar angenommen wurde.

Antragstellung und Bearbeitung erfolgen über die InKom, über die Vergabe entscheidet ein kleines Gremium mit »Wir die Innenstadt« e.V. Aus etwa 80 Anfragen wur-

den 40 Anträge, die ausgezahlte Gesamtsumme belief sich per 30.04.2020 auf 39.000 Euro.

Neben dieser finanziellen Unterstützung durch die Fontanestadt ist die InKom wichtiger Ansprechpartner für die Unternehmen unserer Region, auch für viele weitere Fragen zu möglichen Hilfen in der aktuellen Situation. In den ersten Wochen gab es bis zu 100 Anfragen wöchentlich, so der Geschäftsführer Axel Leben. Die gute Beratung hatte sich herumgesprochen unter anderem auch nach Oranienburg, Zehdenick, Hennigsdorf und Velten.

Neues aus den Kommunen

Neuruppin ist »sicherer Hafen«

Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) Neuruppin unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik auch, die Initiative »Seebrücke - schafft sichere Häfen!« Durch einen gemeinsamen Antrag von LINKEN, GRÜNEN und SPD hat die SVV am 27. April mit großer Mehrheit die Stadt Neuruppin zum »sicheren Hafen« erklärt. 20 von 28 Anwesenden stimmten mit Ja, vier mit Nein, ebenso viele enthielten sich. Über 1.900 Menschen sind (offiziell) im Jahr 2019 im Mittelmeer ertrunken. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und behindern ihre Arbeit.

Mit dem Antrag wird der Bürgermeister aufgefordert, der Bundesregierung mitzuteilen, dass die Stadt bereit ist (über den Kreis OPR), zusätzliche Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufzunehmen. Neuruppin ist nach Fürstenwalde/Spree, Teltow, Potsdam und Schöneiche die fünfte Gemeinde in Brandenburg, die sich der Initiative anschließt. Wir freuen uns, dass auf Initiative der LINKEN ein Beschluss zustande kam, der auch in den schwierigen Zeiten, in denen wir uns gerade befinden, ein Zeichen der Menschlichkeit und Solidarität setzen konnte.

Neuruppin ist weltoffen und bereit, zu helfen - darauf können wir stolz sein.

Paul Schmudlach, Fraktionsvorsitzender

Corona eröffnet neue Möglichkeiten der kommunalen Arbeit in Kyritz

Inhaltliche Schwerpunkte der Stadtverordnetenversammlung Kyritz vom 13. Mai 2020 waren die »Festlegungen zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe aufgrund der Corona-Pandemie«, die Bestätigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Bereich des Finanzhaushaltes (Investitionen) und der Beschluss über die Vergabe der Bauleistungen für den Ausbau der Straße der Jugend.

Diese und andere Themen führten dazu, dass die gewählten Vertreter eine dreistündige intensive und engagierte Arbeit mit teilweise inhaltlichen Auseinandersetzungen – trotz der derzeitigen Umstände – absolvieren mussten. Die Linksfraktion hat sich insbesondere im Zusammenhang mit der Corona-Problematik dafür eingesetzt, dass mit Augenmaß über die Sicherstellung der Beteiligung der Gremien wie Fachausschüsse und Ortsbeiräte entschieden wird, wenn die jeweilige Situation einigermaßen realistisch bewertet werden kann.

Bei der Vorbereitung der Sitzung wurde erstmals im Rahmen einer Telefonkonferenz unter Einbeziehung unserer sachkundigen Einwohner über die einzelnen Themen beraten. Diese für uns neue Form wurde für so gut befunden, dass sie in der Zukunft wieder genutzt werden sollte.

Holger Kippenhahn, Fraktionsvorsitzender

Verschwörungstheorien als Realitätsverweigerung und Kontrollverlust in der kapitalistischen Moderne

Ines Nowack über falsche Meinungsmache in Corona-Zeiten



Verschwörungstheorien sind eine allgegenwärtige Erscheinung unserer Zeit. Sie zeigen scheinbar einfache Lösungswege aus der entweder lediglich perzipierten oder tatsächlich vorherrschenden Misere auf und geben Menschen das Gefühl, die Kontrolle über das Geschehen behalten zu können. Sie bieten Erklärungen an, lenken von den eigentlichen Problemursachen ab und lenken damit den Unmut der Menschen auf andere, falsche Ziele. Eine Auseinandersetzung mit den Gefahren, die von Verschwörungstheorien ausgehen, ist längst überfällig! Sie sind gefährlich. Und zwar nicht nur, weil sie zur Spaltung und Unterminierung der aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft beitragen. Sie verhindern oft eine effektive Kritik an den herrschenden Verhältnissen und geben den Menschen, die unter dem Kapitalismus leiden, keine Werkzeuge und keine Strategie an die Hand, wie sie die Welt verändern können. Die einzige angebotene Strategie besteht meist darin, auf Missstände aufmerksam zu machen – oder Selbstjustiz an den vermeintlichen Verschwörern zu üben. Mit ihren

häufig rassistischen und antisemitischen Beiklängen sind sie vor allem bei der (extremen) Rechten verbreitet. Auch in anderen politischen Lagern kursieren Theorien, die – oft zu Recht – auf dem Verdacht beruhen, dass in der Welt nicht alles mit rechten Dingen zugeht und die Öffentlichkeit über die Machenschaften mächtiger Zirkel belogen wird. In Bezug auf die COVID-19-Pandemie existieren eine Vielzahl von Verschwörungstheorien, die auf Falschinformationen beruhen.

Die Anarchie des Marktes und der internationalen Politik und die Verhältnismäßigkeit der staatlichen Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie

Die Pandemie ist nicht das Resultat kapitalistischen Versagens, obgleich sozioökonomische Faktoren eine wichtige Rolle spielen, so zum Beispiel die neoliberalen Austeritätspolitik, die das heruntergesparte Gesundheitssystem schnell an seine Grenzen gebracht hat. Und doch führt das Ausgeliefertsein, die massiven Einschränkungen des täglichen Lebens für den

Selbstschutz und die Unsicherheit für die eigene Gesundheit zum Verlust der eigenen Autonomie. Das zu akzeptieren, fällt schwer. Einfache, befriedigende Erklärungen in Form von Verschwörungstheorien sind Resultat des gesellschaftlichen und individuellen Kontrollverlustes. Aus marxistischer Sicht sieht die Erkenntnis so aus: Die Dinge sind nicht so, wie sie scheinen. Regierungen und Verwaltungsapparate handeln nicht für das Allgemeinwohl. Sie sagen der Öffentlichkeit nicht die Wahrheit. Und wenn es um viel Geld und Macht geht, setzen sie sich über Gesetze und Verfassungen hinweg. Zu Ende gedacht ergibt sich ein ernüchterndes Bild: In der kapitalistischen Wirtschaft spielen die produzierten Gebrauchswerte eine untergeordnete Rolle. In erster Linie geht es um die Vermehrung des Kapitals. Den Staat und seine Organe zu schützen sowie die Wirtschafts-, Eigentums- und Gesellschaftsordnung zu erhalten, gehören zum Alltagsgeschäft im globalen Kapitalismus. Dazu gehören mehr oder weniger geheime Treffen zu unternehmerischen, politischen oder militärischen Strategien, bei deren Umsetzung das Leid von Menschen oder der Bruch von Gesetzen und Verträgen billigend in Kauf genommen werden. Alles, was in der westlichen Welt passiert,

ist interessengeleitet. Interessen und Interessengruppen stoßen aufeinander, und meist müssen alle Beteiligten – alle »verfeindeten Brüder«, wie Marx sie nannte – am Schluss akzeptieren, dass sie nicht alle ihre Ziele erreicht haben. Verschwörungstheoretiker dagegen beschränken sich auf ihren sogenannten Hygienedemos meist auf einen winzigen Teilaspekt, oder sie bauen ein oft paranoides Weltbild zusammen, das aus Teilaspekten besteht. Verschwörungstheoretiker stellen berechnete Fragen, zu selten liefern sie auch plausible Antworten. Sie sind eher ein Sammelsurium weltfremder, oft rassistischer Hirngespinnste und zur Erklärung der Welt ungeeignet. Sie passen nicht in den Alltag der globalen Kapitalreproduktion, zu dem Elend, der Gewalt und Unterdrückung, in der Milliarden Menschen tagtäglich leben.

Wer Verschwörungen ein Ende setzen will, muss die Welt demokratisieren

In der marxistischen Tradition heißt das: Den Sozialismus erkämpfen. Doch wenn ich sehe, wer derzeit auf »Hygienedemos« unterwegs ist, wird mir angst und bange. Mir wird übel beim Anblick der Deutschland- und Reichsflaggen, angesichts der nationalistischen und rassistischen Parolen, dümmlicher Verschwörungs- und Hassparolen. »Widerstand« hat bei diesen Versammlungen eine rechtsradikale Bedeutung. Das ist keine kritische, aufgeklärte Bewegung, die sich um Demokratie sorgt, sondern Pegida-Ableger ohne Abgrenzungswünsche zu den sich dort tummelnden Nazis. Ja, es sind auch Menschen dabei, die ernsthaft um ihre Grundrechte besorgt sind. Genau das gibt allen Anlass, sehr genau hinzusehen und zuzuhören, und nicht die Dinge gegeneinander auszuspielen. Die Bekämpfung der Seuche hat unsere Grundrechte in noch nicht gekannter Weise in Frage gestellt. Ich will keineswegs bestreiten, dass die Gefahr besteht, dass Einschränkungen der Freiheitsrechte auch nach der Pandemie



beibehalten und von Teilen der Politik missbraucht werden könnten. Doch sollte man für die Versammlungsfreiheit und demokratische Rechte streiten, ohne mit diesen bräunlichen Ansammlungen zu sympathisieren.

Der Kapitalismus ist eine krisenbehaftete Klassengesellschaft. Er gerät auf Grund von Überproduktion und fallenden Profitraten immer wieder in Krisen, und die Herrschenden in Wirtschaft und Staat versuchen, diese Krisen gegeneinander und auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit zu überwinden. Erklärungen, die das Chaos und den Klassencharakter unserer Gesellschaftsordnung übersehen, indem sie alles auf Verschwörungen zurückführen, verfehlen das Wesentliche und verhindern so eine effektive Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Das eigentliche Problem ist nicht, dass einige geheime Verschwörer sich illegal Macht und Reichtum aneignen, sondern dass eine winzige Minderheit ganz legal die Welt als ihr

Privateigentum behandelt. Wer Verschwörungen ein Ende setzen will, muss die Welt demokratisieren.

Die Aufgabe der politischen Linken

Es ist Aufgabe der politischen Linken, deutlich zu machen, dass in der bürgerlich-liberalen Demokratie vieles eben nicht mit rechten Dingen zugeht. Nicht nur in weit entfernten Diktaturen und Oligarchien arbeiten Kapital und Staat Hand in Hand, sondern auch bei uns. Die politische Linke muss kritisch und differenziert bleiben, in der Ablehnung konspirationistischen Gedankengutes, sowie in der Abgrenzung zu liberaler Gutgläubigkeit. Gleichzeitig gilt es, sich gegen jegliche autoritären und regressiven Reaktionen des bürgerlichen Staates zu wehren und global für eine solidarische Lösung der Krise zu streiten. Die politische Arbeit der Linken hat folgende Schwerpunkte:
Anknüpfend an den Ungereim-

heiten und Ungerechtigkeiten der Regierungsmaßnahmen für die Interessen der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, RentnerInnen und Studierenden eintreten. Produktionspausen und Kurzarbeit dürfen nicht von den Beschäftigten und ihre Familien bezahlt werden, Beschränkungen der politischen Freiheiten und Grundrechte müssen hart kritisiert werden.

Nachbarschaftshilfen, dezentrale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Entschleunigung des gesellschaftlichen Lebens, neue Formen des digitalen Protests als neue Formen der müssen verteidigt und ausgebaut werden.

Diese Krise zeigt deutlich, was entbehrlich ist für eine Zukunft der Menschen: Verzicht auf Kriege und Waffen, aber auch auf überflüssige Konsumartikel, Wegwerfprodukte und Werbung, dafür weltweite Solidarität, insbesondere mit den Zielen der Klima- und Gewerkschaftsbewegung.

Ines Nowack
Stellv. Kreisvorsitzende

Kurzmeldungen

Der Stadtvorstand lädt ein!

Der Stadtvorstand der LINKEN. Neuruppin lädt seine Mitglieder*innen zur Nominierungsversammlung des Bürgermeisterkandidaten der LINKEN am 2. Juli 2020 um 18 Uhr in das Sportcenter und Sporthotel Neuruppin, Trenckmannstraße 14, ein. Es gelten die aktuellen Abstands- und Hygieneregeln.



Arbeitsschutz in Brandenburg - alles paletti?

Eine kleine Anfrage der linken Bundestagsfraktion ergab, dass die Anzahl der Arbeitsschutzkontrollen in Brandenburger Betrieben massiv gesunken ist. Die Zahl der zuständigen Aufsichtsbeamten sank innerhalb von zehn Jahren von 149 auf 80, die Anzahl der Kontrollen von 16.000 im Jahre 2008 auf 5.500 im Jahre 2018. Bundesweit sank die Anzahl der Betriebsbesichtigungen von 332.000 im Jahre 2008 auf 167.000 in Jahre 2018. Ein Betrieb wird also statt alle zwölf Jahre jetzt nur noch alle 25 Jahre kontrolliert.

Unser Konto für Spenden & Einzahlungen

DIE LINKE. OPR
IBAN: DE47 1606 1938
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:
Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an. Die Daten behandeln wir vertraulich.

Wir trauern um unseren Genossen **Dieter Brauch**,

der am 14. April 2020 im Alter von 78 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstorben ist.

Wir verlieren mit ihm einen Genossen, den viele Menschen kannten und geschätzt haben.

Sein Wirken ist eng verbunden mit der Entwicklung der Landwirtschaft im Bereich Lindow und darüber hinaus im Landkreis OPR. Als Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Lindow bis 2019 sowie als Mitglied des Kreistages OPR in der Zeit von 1990 bis 2014 hat Dieter Brauch ein Stück Zeitgeschichte in unserer Region mitgestaltet.

Er wird immer in unserer Erinnerung bleiben.

Kreisverband DIE LINKE. OPR
Paul Schmudlach

Stadtvorband Neuruppin
Cornelia Böhme, Achim Behringer

RV Rheinsberg-Lindow
Jürgen Neumann

Am 21. April 2020 verstarb unser Genosse **Wolfgang Kretschmer**,

geboren am 11. Juni 1928.

Wir verlieren einen aufrechten, ehrlichen Genossen, der viele Jahre unserer Partei angehörte. Seine gewissenhafte langjährige Tätigkeit, auch in der damaligen Kreisleitung, ist vielen heute noch in guter Erinnerung.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisverband DIE LINKE. OPR
Paul Schmudlach

Stadtvorband Neuruppin
Cornelia Böhme, Achim Behringer

RV Fehrbellin

Bei Tourismus-Unternehmern nachgefragt

Wir haben in kurzen telefonischen Interviews nachgefragt, wie sie, als stark von der Corona-Pandemie betroffene Unternehmen, die letzten Wochen erlebt haben.

Andreas Bergmann: Ferienbauernhof Zempow, 25 Zimmer;

Freke Over: Ferienland Luhme, 17 Ferienunterkünfte - Apartments, Bungalows, Ferienwohnungen.

Nachdem erste Lockerungen für die Tourismusbranche in Brandenburg vollzogen und weitere in Vorbereitung sind, gibt es jedoch bei beiden Unternehmern ein deutliches Aufatmen. Die Erfahrungen sind durchaus unterschiedlich.

Andreas Bergmann: Gäste sind überwiegend Familien aus Deutschland, die Belegung normalisiert sich, für Mai bis Dezember erwartet er anhand der jetzt schon vorliegenden Buchungen eine hohe Auslastung. Aus den Corona bedingten Absagen ließen sich circa 50% weiter ins Jahr verschieben. Bei den Restlichen mussten die Anzahlungen erstattet werden, vor Allem, weil ja lange nicht klar war, ab wann unter welchen Bedingungen Belegungen wieder möglich waren. Er rechnet für 2020 mit Umsatzeinbußen um die 20 Prozent. Es war viel Zeit für Renovierungen. Die Soforthilfe des Landes ist unkompliziert und zügig geflossen. Als sehr schwerfällig erweist sich die Beantragung der an-

gekündigten Unternehmenskredite der KfW wegen der erforderlichen Mitwirkung der Hausbank.

Sein Fazit nach dem ersten Wochenende: Belegung mit Familien – größte Herausforderung ist die Umsetzung der Corona-Regelungen bei Familien mit Kindern.

Freke Over: Gäste sind Familien, Kita- und Schülergruppen aus Berlin. Die sonst überwiegend im Mai und Juni angereisten Kitagruppen kommen nicht. In den Sommerferien gibt es kleine Restlöcher in der Belegung. Sommer und Herbst sind bereits jetzt zu 75 % ausgebucht.

Seine Gäste zeigen Verständnis für die über Ostern weggefallenen Anreisen, Gutscheinregelungen wurden fast ausnahmslos akzeptiert. Er rechnet über das Jahr mit ca. 1/3 Umsatzeinbuße, hier wirken auch die zum großen Teil wegfallenden Einnahmen aus der Gastronomie. Auch für sein Unternehmen ist die Soforthilfe, hier mit Anteilen des Bundes, relativ zügig geflossen. Auch er hat die letzten Wochen für umfangreiche Renovierungs- und Verschönerungsarbeiten genutzt, Innen und Außen. Originalton: »Es ist so schön, wie es noch nie war.«

Wir wünschen beiden trotz des schwierigen Starts für 2020 und künftig ein gutes Gelingen im Reise- und Tourismusland Brandenburg.

Hans Schaefer

Termine (Aktualisierungen auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag 08.06.20	Beratung des geschäftsführenden Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch 24.06.20	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch 01.07.20	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag 02.07.20	Nominierungsversammlung Bürgermeisterkandidat*in 18 Uhr, Sportcenter Kaatzsch - Versammlungsraum
Donnerstag 02.07.20	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

Buchtipps

Jan Korte

DIE VERANTWORTUNG DER LINKEN

Seit einigen Jahren gibt es in der Linken immer wieder Debatten darum, was der richtige Weg sei: Die einen kämpfen für Minderheitenrechte und retten das Klima, die anderen kümmern sich vor allem um ökonomische Fragen. Und zwischen beiden Seiten vergrößert sich der Riss. Es muss wieder ein Gleichgewicht zwischen den kulturellen und sozial-ökonomischen Ansichten der Linken hergestellt werden. Korte fordert mehr Verständnis, gerade auch für die Menschen, die nicht in den urbanen Zentren leben.

Bildrechte: (1) DIE LINKE, Foto: Martin Heinlein (2) privat (3) AdobeStock 132942812 (4) AdobeStock 219327370 (5) Ines Nowack (6), (7) Paul Schmudlach (8) AdobeStock 147011167 (9) AdobeStock 302224113 (10) AdobeStock 103379117 (11) Jan Korte

DIE LINKE.

**Volkspartei
des Ostens**

Kontakte

DR. KIRSTEN TACKMANN, Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«

Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308
Funk: 0173 3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**

Tel.: 033971 32857 Fax: 033971 32893
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**

Tel.: 03391 2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**

Tel: 03394 4031363
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:

Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

RONNY KRETSCHMER, Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**

Tel: 03391 5123477
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel: 03391 655420
Fax: 03391 655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel: 033971 72086
Fax: 033971 32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel: 03394 4031364
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:

Mo. u. Di. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Achim Behringer, Christa Horstmann, Hans-Joachim Müller, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.06.2020
Erscheinungsdatum: 02.07.2020